

Schweizerische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **42 (1948)**

Heft 12

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Schweizerische Rundschau

Wirtschaft und Finanz Die wirtschaftliche *Hochkonjunktur*, die seit Jahren das ganze Leben der Schweiz — und bei weitem nicht nur das materielle — so tief beeinflußt, beginnt sich nun doch allmählich etwas zu *verflachen*. Noch ist der Beschäftigungsgrad im allgemeinen sehr hoch, doch wird in der Industrie bereits merklich weniger Kapital angelegt als früher; auch gehen Einfuhr, Neuplanung von Wohnungen, Personen- und Güterbeförderung, Fremdenverkehr und zum Teil auch die Kleinhandelsumsätze etwas zurück oder verlangsamen doch ihren Aufstieg — lauter leise Anzeichen eines sich langsam ändernden Wirtschaftswetters. Im großen ganzen wird aber überall noch schwer verdient. Um so schäbiger nimmt sich der zunehmende Widerstand aus, den die besitzenden Kreise einer *Bundesfinanzreform* entgegensetzen, die, besonders durch eine direkte Bundessteuer auf höheren Einkommen und Vermögen sowie durch Abschwächung der Verbrauchsbelastung (Umsatzsteuer!), den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit wenigstens einigermaßen nachzukommen sucht. Zugleich drängt sich immer stärker die Frage auf, ob wir für die Abwehr einer neuen *Krise* wirklich so gut gerüstet sind, wie man immer tut. Das Versagen der «freien Wirtschaft» auf dem Fleischmarkt, das jetzt die Hausfrauenwelt so sehr in Atem hält und einen erfreulich erfolgreichen Konsumentenstreik herbeigeführt hat, läßt von der berühmten «Selbststeuerung» der Wirtschaft für den Fall eines Konjunkturzusammenbruches nichts Gutes erwarten. Nicht ohne Sorge kann man auch die wachsende Abhängigkeit der schweizerischen von der *amerikanischen* Wirtschaft betrachten, lieferten doch die Vereinigten Staaten schon im vergangenen Jahr — und heuer sind die Zahlen sicher noch höher — der Schweiz nicht weniger als 21,4 Prozent ihrer gesamten Einfuhrbezüge und nahmen 12,1 Prozent ihrer Ausfuhr auf, gegen bloß 7,8 Prozent Einfuhr aus Amerika und 7 Prozent Ausfuhr dorthin im letzten Vorkriegsjahr (1938). Was soll aus dieser einseitigen Wirtschaftsbindung werden, wenn die Vereinigten Staaten einmal einen Konjunkturrückschlag erleiden sollten?

Wahlen Inzwischen bestimmt die gute Wirtschaftslage weiterhin aufs nachhaltigste auch die *politische* Entwicklung in unserem Lande. Die verschiedenen Wahlen der letzten Zeit haben das erneut gezeigt. Das Bürgertum wehrt sich mit gesteigerter Erbitterung gegen die vom Sozialismus und gar Kommunismus her drohende Gefahr für seine «segensreiche Ordnung»; die Arbeiter und Angestellten aber lassen sich durch den gleichen Segen des kapitalistischen Regimes im Kampfe für eine *sozialistische* Ordnung eher einschläfern und lähmen. In *Genf*, dem Hauptquartier der Partei der Arbeit, bot die — eidgenössisch gesehen — so vielfach verkehrte Politik dieser Partei natürlich besonders günstige Angriffsflächen; aber in der als undemokratisch und unschweizerisch angeprangernten Haltung der PdA liegt dennoch nicht die Hauptursache für ihren Rückschlag, der äußerlich vor allem der Stimmenthaltung Tausender von Arbeiterwählern zuzuschreiben ist (im ganzen sind bei den Genfer Großratswahlen bei 36 000 Stimmentenden 21 000 Bürger zu Hause geblieben!). Sie liegt vielmehr in dem scharfen «Westwind», der schon längst wieder durch die Schweiz heult. Dessen Wirkungen hätte in Genf auch die Sozialdemokratie zu spüren bekommen, wenn sie *allein* dem Bürgertum gegenübergestanden wäre und nicht von diesem gegen die PdA ausgespielt würde (ihr Vertreter im Regierungsrat wird tatsächlich zum größeren Teil von Anhängern der bürgerlichen Parteien gewählt, auch wenn die Freisinnigen ihn diesmal, im Unterschied von den Liberalkonservativen und den Christlichsozialen, nicht offiziell auf ihre Liste genommen haben). Das hat man ganz deutlich in *Schaffhausen* gesehen, dessen Sozialdemokratie eher links anhält und einen in dieser Geschlossenheit und Heftigkeit nie erlebten Ansturm der bürgerlichen Einheitsfront auszuhalten hatte, unter starken Mandatsverlusten, die aber zum

großen Teil eine Folge des ungerechten Mehrheitswahlsystems sind. In Biel andererseits, wo die PdA stark zurückgeworfen wurde, sind deren abtrünnige Wähler, wie in Genf, nur zum geringsten Teil zur Sozialdemokratie zurückgekehrt, die vielmehr ebenfalls geschwächt wurde und die zusammen mit der PdA bisher behauptete Mehrheit im (großen) Stadtrat verlor, obwohl doch ihr Antikommunismus wirklich nichts zu wünschen übrig läßt. Man sieht: Auch das eifrigste Mitmachen im Kampf gegen Kommunismus und Volksdemokratie nützt der Sozialdemokratischen Partei nichts; es stärkt im Gegenteil nur das Bürgertum, indem es die allgemein sozialismusfeindliche Stimmung begünstigt, für die die Existenz des Kommunismus allerdings einen besonders bequemen Vorwand bietet.

Die Schweiz im Westblock? Wir sollten uns dieser Tatsache besonders auch bewußt bleiben angesichts der jüngsten Erörterungen über die schweizerische *Neutralität*, die durch eine inoffizielle Aufforderung von General Franco an die Schweiz zum Anschluß an den antikommunistischen Westblock veranlaßt worden sind. Die «Anmaßung» des spanischen Staatschefs ist von der Schweiz aus natürlich empört zurückgewiesen und unser Wille zur Wahrung ewiger, grundsätzlicher, integraler usw. Neutralität zum tausendundeinten Male feierlichst bekräftigt worden. An diesem Willen von Regierung und Volksmehrheit ist auch gar nicht zu zweifeln; eine andere Frage ist es, ob die Schweiz auch die *Kraft* haben wird, in einem dritten Weltkrieg ihre militärische Neutralität aufrechtzuerhalten (mit der politischen ist es ja schon im zweiten Krieg nicht weit her gewesen). Im Lager der Westmächte ist man jedenfalls wenig geneigt, eine solche Neutralität für die Zukunft noch gelten zu lassen. Beispielsweise stellt ein anscheinend auf amtlichem Material beruhendes Buch der beiden Amerikaner Cordon und Dangerfield über den Wirtschaftskrieg (wir zitieren nach der Schrift «Die Schweiz und die Kriegsgefahr», herausgegeben von der Zentralstelle für Friedensarbeit) ganz kühl fest, die Tatsachen des modernen Krieges hätten sowohl den Neutralitätsbegriff als auch die Regeln des Völkerrechts über die Beziehungen von Kriegführenden und Nichtkriegführenden vernichtet; die «positive Pflicht» aller Völker sei es künftig, nicht neutral zu bleiben, sondern sich am Kampf gegen das Kriegsverbrechen zu beteiligen. Auch die Pariser «Aurore» meinte im Zusammenhang mit den Äußerungen Francos, man könne die schweizerische Neutralität nicht mehr begreifen, da es jetzt doch um die Frage gehe, ob Europa demokratisch bleiben oder vom Kommunismus zerstört werden solle. «Das Dogma der ewigen Neutralität wird früher oder später nicht mehr zu halten sein. Die Heimat Wilhelm Tells muß sich dem Lager der Erhalter der Freiheit anschließen.» (!)

Auf die gleiche Forderung kommt die Nennung der Schweiz in einer Erklärung hinaus, die der bisherige Präsident der Militärkommission des amerikanischen Abgeordnetenhauses, Short, unlängst abgegeben hat, und in der er u. a. sagte: «Spanien sollte in unsere Machtsphäre aufgenommen werden, da es als eine der ersten Nationen den Kommunismus bekämpft hat. Zusammen mit der Schweiz und der Türkei ist Spanien nun eines der ausgesprochensten antikommunistischen Länder Europas.»

So tönt es jetzt aus dem westmächtlichen Lager. Und gibt es etwa in der Schweiz selbst keinerlei Neigungen, den «Weltkampf gegen den Bolschewismus» offen und direkt zu unterstützen? «Spektator» (Nationalrat Bringolf) schreibt in der sozialdemokratischen Presse kaum ohne Grund: «Auffallend ist uns allerdings, daß gewisse bürgerliche Kreise sich äußerst vorsichtig zum unverfrorenen Interview Francos verhalten haben. Dieses Verhalten zwingt zu größter Wachsamkeit. Es hat zu allen Zeiten Kreise gegeben, denen es keine politischen Bauchschmerzen verursachte, sich mit der europäischen Reaktion gegen die eigene Arbeiterschaft zu verbinden und zu verbünden.»

Moralisch steht unser Bürgertum jedenfalls schon längst in der Front der Verteidiger der «freien Gesellschaft» gegen die «rote Gefahr», und mit der Eingliede-

rung der Schweiz in die amerikanisch finanzierte westeuropäische Wirtschaftsorganisation ist es ihnen noch ein gutes Stück näher gerückt. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, so werden wir noch etwas erleben — vielleicht schon im neuen Jahr, dem wir trotzdem mit Glauben und Kampfbereitschaft entgegengehen¹.

7. Dezember.

Hugo Kramer.

BUCHBESPRECHUNGEN

Zur Schweizer Geschichte und Gegenwart

P. Schmid-Ammann: «Der Freiheitskampf der neuen Zeit». 303 S. 1948, Verlag der «Nation», Bern.

Die beiden Größen, die im Jahre 1948 100 Jahre alt wurden und darum Anspruch auf Gedenken erheben durften, der liberale schweizerische Bundesstaat einerseits und das kommunistische Manifest andererseits, haben bei aller Verschiedenheit dies eine gemeinsam, daß sie ihren gegenwärtig lebenden Erben etwelche Verlegenheit bereiten und etwas fremd, ja anklagend vor den Festrednern stehen. Schmid-Ammann wendet sich der Entstehung des liberalen Bundesstaates zu; dessen Quellen und die darin aufbrechende Kraft sollen verbindliche Normen zeigen für einen eigentlichen schweizerischen Weg durch die Gegenwart. Das Quellenmaterial, aus dem der Verfasser schöpft, sind neben amtlichen, besonders diplomatischen Korrespondenzen Zeitungsartikel jener Zeit, deren Lektüre allein schon aufschlußreich — sowohl für die behandelten Zusammenhänge, als auch für die Entwicklung mancher liberalen Blätter — ist. Die vorliegende Darstellung des Sonderbundkrieges zerstört die Legende vom Religionskrieg und weist in aller Schärfe auf die schon vor den eigentlichen Freischarenzügen begonnene Konspiration der konservativen Führer mit den reaktionären Mächten des Auslands hin. Historisch sieht Schmid-Ammann einen wichtigen Grund für die folgenden Verwicklungen in dem verhängnisvollen Fehlen einer Revisionsbestimmung in der Verfassung von 1815. Er zeigt, wie zu dieser latenten Konfliktsmöglichkeit die eigentlichen Konfliktsstoffe durch Parteinahme zu vorhandenen Kräftekonstellationen hinzugetragen wurden. Die mutige Haltung der damaligen Liberalen, die Schmid-Ammann nicht, wie viele andere, an ihren extremsten Außenseitern mißt — Augustin Keller wird nur einmal gestreift —, erscheint hier in deren klarer Erkenntnis des Notwendigen gegenüber dem Zeitgeist begründet.

¹ Wes Geistes Kind unsere Offiziellen sind, sieht man auch wieder an der Haltung der Zürcher Kirchensynode zum Antrag von Pfarrer Kobe, den Bundesrat zu ersuchen, das *Waffenausfuhrverbot* beizubehalten und zu einem Ausfuhrverbot für alles Kriegsmaterial zu erweitern. (Die Verhandlungen haben nach Abschluß unserer Rundschau stattgefunden.) Mit der kläglichen Begründung, es sei nicht Sache der Kirche, unserer obersten Landesbehörde Vorschriften in Einzelfragen zu machen, lehnten Kirchenrat und Synode den Antrag ab und wollten nur den Bundesrat ersuchen, von seinem Recht zu einem Waffenausfuhrverbot «in ernster christlicher Verantwortung einen möglichst weitgehenden Gebrauch zu machen». Wie der Chef des Militärdepartements, Herr Kobelt, auf den es ja vor allem ankommt, diese seine in der Tat ernste christliche Verantwortung auffassen wird, kann man sich ungefähr denken; *der Mann* (er war ja auch einmal Präsident des sanktgallischen Kirchenrats und zugleich Generalstabsobers) kann *jeden* Kriegsrüstungsakt mit seinem evangelischen Gewissen vereinbaren. Und die zürcherische Synode macht ihm von vornherein den Weg frei zu solch bedenklichem Kompromißgeschäft! (11. Dezember.)